

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. Februar 1991

am Donnerstag, dem 21. Februar 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	16	Marschewski (CDU/CSU)	55, 56
Bindig (SPD)	11	Dr. Modrow (PDS/Linke Liste)	19, 20
Börnßen (Bönstrup) (CDU/CSU)	22, 23	Müntefering (SPD)	54
Börnßen (Ritterhude) (SPD)	61, 62	Opel (SPD)	12, 47
Frau Braband (PDS/Linke Liste)	29, 30	Ostertag (SPD)	34, 35
Frau Bulmahn (SPD)	27, 28	Frau Dr. Otto (SPD)	7, 8
Frau Dr. Enkelmann (PDS/Linke Liste)	10, 21	Reimann (SPD)	9
Hinsken (CDU/CSU)	13, 65	Dr. Rose (CDU/CSU)	25, 26
Frau Dr. Höll (PDS/Linke Liste)	5, 6	Frau Schenk (Bündnis 90/GRÜNE)	57, 58
Jäger (CDU/CSU)	43, 44	Schreiner (SPD)	3, 4
Frau Jelpke (PDS/Linke Liste)	50, 51	Thierse (SPD)	52
Dr. Keller (PDS/Linke Liste)	31	Dr. Thalheim (SPD)	36, 37
Kirschner (SPD)	14	Toetemeyer (SPD)	41, 42
Klose (SPD)	17, 18	Verheugen (SPD)	45, 46
Frau Köppe (Bündnis 90/GRÜNE)	15, 49	Weis (Stendal) (SPD)	38, 66
Koschyk (CDU/CSU)	53	Frau Dr. Wetzel (SPD)	59, 60
Frau Lederer (PDS/Linke Liste)	32, 33	Dr. de With (SPD)	63, 64
Lennartz (SPD)	1, 2	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	24, 48
Lowack (CDU/CSU)	39, 40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)

Warum hat die Bundesregierung in der ersten Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung nur die Anwendung atrazinhaltiger Pflanzenschutzmittel wegen der Gefährdung des Grundwassers verboten, obwohl auch von mehreren anderen Pflanzenschutzmitteln vergleichbare Grundwassergefährdungen ausgehen, und wie beurteilt sie die Forderung des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft und der Umweltverbände wie z. B. Greenpeace, die Anwendung nachweislich im Grundwasser gefundener Pflanzenschutzmittelwirkstoffe zu verbieten?
2. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)

Wie hat das Bundesgesundheitsamt und das Umweltbundesamt zu den vorgesehenen Änderungen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung Stellung genommen, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Wasserschutz-, Heilquellenschutz- und Naturschutzgebieten in Zukunft ermöglichen sollen, und wie soll z. B. kontrolliert werden, daß „sichergestellt ist, daß Rückstände nicht versickern können“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

3. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß ein Teil der in Australien lebenden deutschen Rentner seine deutsche Rentenleistung im Rahmen des australischen Einkommens bewußt nicht deklariert, um sich für nicht legales Verhalten einer Strafverfolgung entziehen zu können?
4. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Treffen Informationen zu, wonach das Nichtzustandekommen eines deutsch-australischen Rentenabkommens vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit dem Schutz dieses Personenkreises begründet wird, und ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß deshalb legal in Deutschland Eingereiste eine geschmälernte Rente erhalten, weil die Bundesregierung in Australien mit gefälschtem Lebenslauf Lebende unterstützt, die kein Interesse an einem geordneten Rentenverfahren haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

5. Abgeordnete
**Frau
Dr. Höll**
(PDS/Linke Liste)
- Wie wird die Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe in der ehemaligen DDR nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz gewährleistet, und wie erfolgt die Weiterführung der Förderung für diejenigen freien Träger der Jugendhilfe, die 1990 durch das BMJFFG anschubfinanziert wurden, 1991 jedoch der Förderungskompetenz der Länder bzw. der Kommunen unterliegen, ohne daß dort die über die Vergabe von Fördermitteln befindenden Jugendausschüsse schon ihre Arbeit aufgenommen haben?
6. Abgeordnete
**Frau
Dr. Höll**
(PDS/Linke Liste)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um gemäß ihrem Bekenntnis in den Koalitionsvereinbarungen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zu schaffen, damit die vorhandenen Kindertagesstätten in den neuen Bundesländern erhalten bleiben und über den 30. Juni 1991 hinaus finanziell abgesichert werden, und welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung hinsichtlich der finanziellen Unterstützung vor allem der vielerorts zahlungsunfähigen Kommunen, um Schließungen von Kindertagesstätten und um Folgeprobleme wie die dadurch sich weiter zuspitzende Frauenarbeitslosigkeit zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

7. Abgeordnete
**Frau
Dr. Otto**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt der Regelung im Einigungsvertrag, wonach Polikliniken im Gebiet der östlichen Bundesländer für fünf Jahre Bestandsschutz genießen, die Möglichkeit, daß die jeweiligen kommunalen Dienstherrn den Ärztinnen und Ärzten auf Grund der Unwirtschaftlichkeit der Polikliniken kündigen bzw. kündigen müssen, um diese zur Freiberuflichkeit zu veranlassen?
8. Abgeordnete
**Frau
Dr. Otto**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die soziale und berufliche Zukunft sowie die altersbedingten Schwierigkeiten der älteren Ärztinnen und Ärzte, die nach einer etwaigen Kündigung auf Grund der Unwirtschaftlichkeit einer Poliklinik existentiell nicht abgesichert sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

9. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Einkommensgrenze für die Berechnung des Wohnungsberechtigungsscheins, § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, da die letzte Anpassung 1980 erfolgte, und wenn ja, wann wird diese Anpassung durchgeführt werden?
10. Abgeordnete
Frau Dr. Enkelmann
(PDS/Linke Liste)
- Wie können die Mieten in den neuen Bundesländern „sozial verträglich“ (Bundesministerin Frau Dr. Adam-Schwaetzer) angehoben werden, wenn künftig die Betriebskosten auf die Mieten umgeschlagen werden dürfen, wenn außerdem u. a. die Tarife bei Post, Bahn, städtischem Nahverkehr, Energie und Gas steigen, ohne daß damit eine entsprechende Einkommensentwicklung einhergeht, und handelt es sich hier nicht eindeutig um einen Verstoß gegen den Einigungsvertrag (Kapitel XIV, Abschnitt II, Abs. 7)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

11. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Muß damit gerechnet werden, daß die asiatischen Länder (Pakistan, Indien, Sri Lanka, Bangladesh, Philippinen), die von den Folgen der Golfkrise schwer getroffen sind, von der Bundesregierung 1991 geringere Entwicklungshilfezusagen erhalten sollen als 1990?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordneter
Opel
(SPD)
- Wie hoch sind die Summen, welche die SED/PDS, die Blockparteien der ehemaligen DDR und die Massenorganisationen der ehemaligen DDR mit Einführung der Währungsunion in D-Mark umgetauscht haben?

- | | |
|--|---|
| 13. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Wahrung des Bankgeheimnisses, falls dieses, wie Pressemeldungen zu entnehmen ist, auf Grund eines Erlasses des Finanzministeriums des Saarlandes z. T. gefährdet ist, weil die Banken spätestens Ende 1991 eine Liste bereithalten müssen, aus der zu ersehen ist, über welche Konten oder Schließfächer ein Bevollmächtigter verfügen kann? |
| 14. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Um welchen Betrag müßten die steuerlichen Höchstbeträge für die Berücksichtigung von Sozialversicherungsbeiträgen als Sonderausgaben erhöht werden, damit Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen die höheren SV-Beiträge durch die geplante Veränderung der Beitragssätze steuerlich geltend machen können? |
| 15. Abgeordnete
Frau Köppe
(Bündnis 90/
GRÜNE) | Warum hat die Bundesregierung – dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 31. Oktober 1990 folgend – noch nicht den auf den 31. Dezember 1990 terminierten Regierungsbericht bezüglich einer Härterege lung für Opfer der Zwangsarbeit unter dem NS-Regime (siehe Beschlußempfehlung auf Drucksache 11/8046) vorgelegt? |
| 16. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) | Mit welchen Ausgaben/Einnahmen und Krediten rechnet die Bundesregierung für die jeweiligen Bundesländer und die Gesamtheit der Gemeinden im Gebiet der neuen Bundesländer für 1991? |
| 17. Abgeordneter
Klose
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Berliner Treuhandanstalt die Mitteldeutsche Zeitung/Halle und die Freie Presse/Chemnitz auf westdeutsche Verlage übertragen hat, und sind Zeitungsberichte zutreffend, daß dies mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung auf deren Betreiben hin geschehen ist? |
| 18. Abgeordneter
Klose
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit der Übertragung dieser Verlage Rechte von Dritten – im Fall der Mitteldeutschen Zeitung/Halle Rechte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – zu deren Nachteil berührt worden sind, und was gedenkt die Bundesregierung, der die Rechtsaufsicht obliegt, zu tun, um die Verletzung von Rechten Dritter rückgängig zu machen, künftig zu verhindern bzw. eine angemessene Entschädigungsregelung herbeizuführen? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Modrow
(PDS/Linke Liste) | Gedenkt die Bundesregierung, das im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990 abgegebene Versprechen einzuhalten, daß ehemalige DDR-Bürger eine Urkunde über ihren Anteil am Volkseigentum erhalten, damit sie sich später eine Wohnung oder ähnliches kaufen können, und wenn ja, wie soll das geschehen? |

20. Abgeordneter
Dr. Modrow
(PDS/Linke Liste) Wenn nein, welche andere Form der Entschädigung ist für die Enteignung des Volkes vorgesehen, wie sie jetzt durch die Privatisierung seines Vermögens seitens der Treuhandstelle erfolgt?
21. Abgeordnete
Frau
Dr. Enkelmann
(PDS/Linke Liste) Inwieweit werden bei der Untersuchung illegaler Waffenexporte in den Irak auch ausländische Tochterunternehmen deutscher Firmen berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU) Für welchen Zeitraum und in welchem Umfang sieht die Bundesregierung regionalpolitische Ausgleichsmaßnahmen als Ersatz für den Wegfall der Zonenrandförderung sowie der Strukturhilfe in den Regionen Westdeutschlands vor, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht unmittelbar positiv von der Wirtschaftsentwicklung im Zuge der deutschen Einheit beeinflusst werden, und in den Regionen, in denen erhebliche Abrüstungsmaßnahmen erfolgen und die aus eigener Kraft nur geringe Möglichkeiten zur Selbstentwicklung haben?
23. Abgeordneter
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU) Nach welchen Kriterien sieht die Bundesregierung diese regionalpolitischen Ausgleichsmaßnahmen vor?
24. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine Strukturanalyse um den Truppenübungsplatz Grafenwöhr durchzuführen, um Maßnahmen zur Auflockerung der Monostruktur treffen und einem möglichen Arbeitsplatzabbau auf dem Übungsplatz entgegenwirken zu können?
25. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung als Folge des Golfkrieges oder auch als Folge der Wirtschaftsveränderungen im östlichen Teil Europas die Notwendigkeit, die deutsche Energieversorgung mehr als bisher auf Erdgas umzustellen?
26. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Können Gaskraftwerke mehr als bisher zur Stromgewinnung eingesetzt werden?
27. Abgeordnete
Frau
Bulmahn
(SPD) Welche Formeln werden von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland bei Verträgen mit ausländischen Geschäftspartnern benutzt, die Boykottverpflichtungen gegenüber Israel enthalten, und seit wann haben Stellen der Bundesregierung Kenntnis von solchen Vorgängen?

28. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung zum Verbot solcher Boykottverpflichtungen unterstützen?
29. Abgeordnete
**Frau
Braband**
(PDS/Linke Liste)
- Hält die Bundesregierung nicht angesichts der Verknappung der Welt-Ölvorräte eine drastische Reduzierung des Ölverbrauchs durch Energieeinsparung, effiziente Energienutzung, der Nutzung regenerativer Energiequellen sowie des Ersatzes von Öl durch andere fossile Energieträger in der Bundesrepublik Deutschland für notwendig, und welche konkreten Schritte wird sie hierfür in die Wege leiten?
30. Abgeordnete
**Frau
Braband**
(PDS/Linke Liste)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Golfkrieges und der damit verbundenen Gefährdung der Ölversorgung auch für die EG-Staaten sowie mit Hinblick auf die zukünftige Versorgungssicherheit noch der Ansicht, daß eine weitere Reduzierung der Steinkohleförderung in der Bundesrepublik Deutschland und der EG verantwortlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Dr. Keller
(PDS/Linke Liste)
- Schließt die Bundesregierung aus, daß an Universitäten und Hochschulen ihres Verantwortungsbereiches Rüstungsforschung betrieben wird bzw. Forschungsergebnisse in der Rüstungsindustrie genutzt oder mißbraucht werden?
32. Abgeordnete
**Frau
Lederer**
(PDS/Linke Liste)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung im Hinblick auf ihre militärischen und finanziellen Unterstützungsleistungen an die Türkei aus dem Beschluß des türkischen Parlaments vom 17. Januar 1991 gezogen, durch den der Regierung Özal die Vollmacht erteilt wird, türkische Streitkräfte „zur Wahrung und zum Schutz der Interessen der Türkei angesichts der Entwicklung während und nach der Krise“ gegen den Irak auch dann einzusetzen, ohne daß die Türkei selbst angegriffen wird, und ist die Rückholung der Bundeswehreinheiten für den Fall vorgesehen, daß die türkischen Streitkräfte zum Einsatz kommen, ohne daß die Türkei einem Angriff ausgesetzt ist?
33. Abgeordnete
**Frau
Lederer**
(PDS/Linke Liste)
- Betrachtet die Bundesregierung den Fall eines irakischen Angriffs auf die Türkei als Spannungsfall im Sinne des Artikels 80a des Grundgesetzes, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung den Spannungsfall gemäß Artikel 80a Abs. 1 GG oder gemäß Artikel 80a Abs. 3 GG festzustellen?

34. Abgeordneter
Ostertag
(SPD)

Über welche konkreten Planungen hinsichtlich der Dienstpostenausstattung beim Kreiswehersatzamt Schwelm verfügt die Bundesregierung, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß insbesondere die Stufenvertretungen des Personalrates hinsichtlich personeller Veränderungen, die für den Fortbestand der Bundeswehrverwaltung insbesondere der kleinen Kreiswehersatzämter, zu denen auch das Kreiswehersatzamt Schwelm gehört, in ihrer jetzigen bzw. in ihrer zukünftigen Form entscheidend sein können, rechtzeitig informiert werden, mit dem Ziel, Klarheit bezüglich der Sicherheit der Arbeitsplätze der dort Beschäftigten zu erlangen?

35. Abgeordneter
Ostertag
(SPD)

Durch welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung bei den (ohne die bereits jetzt bestehende und sich ab dem 1. April 1991 verschärfende personelle Situation durch freie, aber nicht besetzbare Dienstposten zu berücksichtigen) angeordneten Kürzungen von (besetzten) Dienstposten aus dem Fachgebiet II beim Kreiswehersatzamt Schwelm und der Überlegung der Wehrbereichsverwaltung III, freiwerdende Dienstposten beim Kreiswehersatzamt Schwelm vorerst nicht nachzubeseetzen, gewährleisten, daß unverzüglich ein Gesamtkonzept vorgelegt wird, das allen dienstlichen und sozialen Belangen der Mitarbeiter gerecht wird, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es zur Fürsorgepflicht des Bundes gehört, rechtzeitig und umfassend zu informieren, damit sich die Beschäftigten auf entsprechende organisatorische Maßnahmen einstellen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

36. Abgeordneter
Dr. Thalheim
(SPD)

Inwieweit liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und in welchem Umfang krebserregende Stoffe durch die Verbrennung von Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff (sog. Tetra-Packs) bei der Abfallentsorgung entstehen?

37. Abgeordneter
Dr. Thalheim
(SPD)

Auf Grund der in den östlichen Bundesländern besonders verbreiteten Praxis der Müllverbrennung und der damit einhergehenden möglichen Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung infolge der Verbrennung von Getränke-Einwegverpackungen aus Kunststoff frage ich die Bundesregierung, welche Mittel sie angesichts wachsender Suche nach einer umweltverträglichen Entsorgung von Kunststoffprodukten für geeignet hält, um die Verwendung von synthetischen Kunststoffen bei den sog. Tetra-Packs einzuschränken?

38. Abgeordneter
Weis
(Stendal)
(SPD)

Weil der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seiner Antwort auf meine schriftliche Frage vom 30. Januar 1991 mit erschwerten Ausgangsbedingungen über einen längeren Zeitraum begründet hat, weshalb er den Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg noch nicht die Betriebsgenehmigung trotz des bislang fehlenden Nachweises der Deckungsvorsorge entzogen hat, frage ich die Bundesregierung, wann konkret entzieht sie die Betriebsgenehmigung angesichts einer zwischenzeitlich über 1½monatigen Überschreitung der gesetzlichen Frist zur Erbringung einer Deckungsvorsorge?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

39. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesminister des Auswärtigen beim EG-Gipfel in Rom gegen den Aufnahmeantrag Taiwans in das GATT Stellung bezogen hat, und wie läßt sich dies mit den Entschlüssen des Deutschen Bundestages vom 13. März 1990 und 19. September 1990 in Einklang bringen, mit dem der Deutsche Bundestag ausdrücklich die Aufnahme von „Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu“ in das GATT gefordert hat?

40. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Was spricht gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung gegen eine Aufnahme Taiwans in das GATT?

41. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Sind der Bundesregierung die näheren Umstände der Entlassung von Frau S. als Heimerzieherin der Deutschen Höheren Privatschule (DHPS) Windhuk bekannt, und hält sie diese Entlassung mit dem Erlaß des Auswärtigen Amtes vom 20. August 1990 für vereinbar?

42. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen der schwarzen Heimschüler, wonach diese Entlassung das letzte Glied einer langen Kette täglicher Erfahrung von Rassismus an dieser Schule sei, in der sie als „Kaffer“ sowie als dumm und stinkend bezeichnet wurden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem skandalösen Vorgang zu ziehen?

43. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Ergebnis der Volksbefragung in Litauen, bei der sich über 90% der abstimmungsberechtigten Bürger bei einer Beteiligung von über 84% für die Unabhängigkeit des Landes ausgesprochen haben, einen Ausdruck des demokratischen Volkswillens zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker?

44. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Ist auch die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich bei dem durch die Volksbefragung geäußerten Willen des litauischen Volkes angesichts der auch von der Bundesregierung niemals anerkannten gewaltsamen Annexion der baltischen Staaten durch die UdSSR auf Grund des Hitler-Stalin-Pakts nicht um den Willen zur Separation von der UdSSR, sondern um die Bekräftigung der völkerrechtlich legitimen Souveränität Litauens handelt, die auch von der Regierung in Moskau respektiert werden muß?
45. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Auf welcher gesetzlichen Grundlage hat das Auswärtige Amt mit Runderlaß vom 29. November 1990 die in § 19 Abs. 1 Konsulargesetz geregelten Befugnisse der Konsularbeamten mit Befähigung zum Richteramt eingeschränkt?
46. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Warum hat das Auswärtige Amt mit Runderlaß vom 29. November 1990 die bisher geltende Regelung der Beauftragung nach § 18 Konsulargesetz und der allgemeinen Ermächtigung nach § 19 Abs. 2 Konsulargesetz für Angehörige des gehobenen Dienstes mit besonderer rechtlicher Ausbildung eingeschränkt bzw. aufgehoben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

47. Abgeordneter
Opel
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um jene D-Mark-Beträge zurückzuerhalten, welche von der SED/PDS, den ehemaligen Blockparteien sowie den Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Zuge der Einführung der Währungsunion am 1. Juli 1990 widerrechtlich in DM umgetauscht wurden, und welchen Erfolg hatten diese Bemühungen?
48. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich für eine beschleunigte Öffnung der Grenzübergänge zur Tschechoslowakei, insbesondere der Übergänge bei Neualbenreuth und Bärnau (beide Landkreis Tirschenreuth) und bei Waldheim (Landkreis Neustadt/WN), für den regionalen Verkehr einzusetzen, und wann ist mit der Öffnung zu rechnen?
49. Abgeordnete
Frau Köppe
(Bündnis 90/
GRÜNE)
- Wie viele der Pressemeldungen zufolge in der dem Bundesamt für Verfassungsschutz vorliegenden Gehaltsliste des ehemaligen MfS/AfNS erfaßten Personen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen beschäftigt?

50. Abgeordnete
**Frau
Jelpke**
(PDS/Linke Liste)
- Welche Maßnahmen sind von der Bundesregierung ergriffen und bereits ausgeführt worden, um im Spannungsfall gemäß der Notstandsgesetzgebung und anderen Gesetzen wie dem Katastrophenschutzgesetz, dem Arbeitssicherstellungsgesetz, dem Energiesicherstellungsgesetz, dem Fernmeldeanlagen-gesetz, dem Verkehrssicherstellungsgesetz und dem Wehrpflichtgesetz reagieren zu können?
51. Abgeordnete
**Frau
Jelpke**
(PDS/Linke Liste)
- Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt, und welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um zu verhindern, daß kurdische Asyl-suchende, deren Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt worden sind, in die Türkei abgeschoben werden?
52. Abgeordneter
Thierse
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das unterschiedliche Entlassungsgeld für Wehrpflichtige aus den alten und den neuen Bundesländern eine unzumutbare Ungerechtigkeit darstellt, und hat sie die Absicht, das Entlassungsgeld für ostdeutsche Wehrpflichtige noch in diesem Jahr entsprechend anzupassen?
53. Abgeordneter
Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen auf die Wartezeiten an den deutsch-polnischen Grenzübergängen sowie auf die ohnehin große Belastung für die Bevölkerung in den deutschen Grenzstädten an Oder und Neiße, die sich auf Grund der seit dem 1. Januar gängigen Praxis der polnischen Behörden ergibt, die bislang in Visaanträgen geforderten Angaben westlicher Besucher nun in einem 15 Punkte umfassenden Erhebungsbogen direkt bei der Grenzabfertigung abzufragen, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die polnische Seite zu einer reibungslosen, europäischen Standards entsprechenden Grenzabfertigung von westlichen Besuchern zu bewegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

54. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Steht die Bundesregierung nach wie vor zu der Aussage in der Broschüre des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen „120 Antworten, Hinweise für den Alltag in den neuen Bundesländern“, in der es heißt: Der Einigungsvertrag sieht vor, daß Mieten und Pachten, soweit sie sich auf Wohnraum beziehen, bis 31. Dezember 1991 nicht erhöht werden können?
55. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung eine Gesetzgebung zur Amnestie von ehemals hauptamtlichen Mitarbeitern der DDR-Geheimdienste einbringen?

56. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Welche wesentlichen Änderungen wird diese Gesetzesvorlage gegenüber der in der 11. Legislaturperiode eingebrachten beinhalten?
57. Abgeordnete
Frau Schenk
(Bündnis 90/GRÜNE)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Artikel 2 Abs. 1 (Freie Entfaltung der Persönlichkeit) und Artikel 3 Abs. 3 (Gleichheitsgrundsatz) Grundgesetz das Recht von Frauen auf eine lesbische Lebensweise gewährleisten, und wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, beispielsweise vom Runden Tisch der ehemaligen DDR, den Artikel 3 Abs. 3 GG um das Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung zu erweitern?
58. Abgeordnete
Frau Schenk
(Bündnis 90/GRÜNE)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Vorgang, bei dem die Deutsche Krebshilfe e. V. eine Mitarbeiterin, deren lesbische Lebensweise öffentlich bekannt wurde, mit dieser Begründung ihrer repräsentativen Aufgaben enthoben und sie in den Innendienst versetzt hat, im Einklang steht mit dem Grundrecht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 1 GG) und mit dem Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 Abs. 3 GG), und leitet die Bundesregierung aus diesem Vorgang die Notwendigkeit ab, Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz in Bezug auf die lesbische Lebensweise durch ein Gesetz zum Verbot der Diskriminierung von Lesben in allen Lebensbereichen zu konkretisieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

59. Abgeordnete
Frau Dr. Wetzel
(SPD)
- Entspricht der technische Standard des Radarleitsystems an allen Bundeswasserstraßen dem aktuellen Stand der Technik, insbesondere hinsichtlich der Integration einzelner Radargeräte, und ist die optimale Kommunikation zwischen Land und Schiff jederzeit gewährleistet?
60. Abgeordnete
Frau Dr. Wetzel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz Lotsen- und Radarleitungsführung des chinesischen Stückgutfrachters eine Kollision des Containerschiffes „Robert“ auf der dichtbefahrenen Unterweser nicht vermieden werden konnte?
61. Abgeordneter
Börnsen (Ritterhude)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Funktionsfähigkeit des Radarleitsystems an den Bundeswasserstraßen angesichts der sich häufenden Kollisionen von Schiffen, zuletzt des Containerschiffes „Robert“ auf der Unterweser mit einem chinesischen Stückgutfrachter?

62. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Verbesserung der Datenübertragung und Datentransparenz beim Transport gefährlicher Güter angesichts der Ungewißheit, welche Güter auf dem kollidierten Containerschiff „Robert“ transportiert wurden, für erforderlich?
63. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bundesregierung und Deutsche Bundesbahn bei der EG-Kommission in Brüssel im Rahmen eines zu schaffenden europäischen Hochgeschwindigkeits-Streckennetzes eine Hochgeschwindigkeitstrasse München — Berlin über Oberfranken/Bamberg für den ICE- bzw. ECE-Verkehr angezeigt haben?
64. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Falls beabsichtigt wird, diese Bundesbahn-Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Bundesverkehrswegeplan 1991 vorzuschlagen, wann wird die Fertigstellung dieser Bahnverbindung ins Auge gefaßt?
65. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Ländern, insbesondere auch in der EG, der grüne Verkehrspfeil eingerichtet ist, der dazu berechtigt, an Ampeln abzubiegen, auch wenn die Ampel rot signalisiert, und welche Erfahrungen wurden damit gemacht?
66. Abgeordneter
Wels
(Stendal)
(SPD)
- Weshalb hat die Bundesregierung bisher nicht die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Möglichkeiten einer Beschaffung von Informationen durch Satellitenfernerkundung z. B. durch die DLR Oberpfaffenhofen oder andere genutzt, um sich eigene Erkenntnisse über die ökologischen Auswirkungen des Golfkrieges zu verschaffen?

Bonn, den 15. Februar 1991

